

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 42 | 18.10.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## NEUERSCHEINUNGEN

*Andreas Hauer*

### [Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts](#)

Das Buch „Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts“ stellt die Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit in allen wesentlichen Details dar und gibt einen Überblick über die Gerichtsbarkeit des EGMR und die Gerichtsbarkeit der Europäischen Union.

ISBN 978-3-902883-40-7, 4. Auflage, XXXVIII und 478 Seiten, Harteinband, 49 EUR // zu beziehen ua über [www.pedell.at](http://www.pedell.at)

*Birgit Haslinger/Sigmar Stadlmeier*

### [Public International Law](#)

Das Buch „Public International Law“ wurde für die Bedürfnisse des universitären Völkerrechtsunterrichts entwickelt. Es behandelt unter anderem Völkerrechtsquellen, Völkerrechtssubjekte, internationale Verantwortlichkeit, friedliche Streitbeilegung, diplomatisches und konsularisches Recht, See-, Luftfahrt- und Weltraumrecht, kollektive Sicherheit und internationales humanitäres Recht.

ISBN 978-3-902883-39-1, 2. Auflage, VIII und 167 Seiten, Harteinband, 35 EUR // zu beziehen ua über [www.pedell.at](http://www.pedell.at)

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 301/2019 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Verordnung betreffend technische Vorschriften für Fahrzeuge auf Binnengewässern (**Schiffstechnikverordnung**) geändert wird

### [BGBl III 179/2019 \(Anlage\)](#)

Übereinkommen zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und dem Minister für **Innere Angelegenheiten** des Haschemitischen Königreiches **Jordanien**

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 261I v 14.10.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/17001700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für europäische **Statistiken über Personen und Haushalte** auf der Grundlage von **Einzeldaten aus Stichprobenerhebungen**, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr 808/2004, (EG) Nr 452/2008 und (EG) Nr 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr 577/98 des Rates

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 23.09.2019, [E 969/2019](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung Fremder untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** eines afghanischen Staatsangehörigen; keine Auseinandersetzung mit der Gefährdung von Journalisten und in der Medienbranche tätige Personen

#### 26.09.2019, [V 64/2019](#)

**BundesvergabeG**; Zurückweisung von **Aufhebungsanträgen** des BVwG betreffend die VO über die **Pauschalgebühr für die Inanspruchnahme des BVwG** in Angelegenheiten des öffentlichen Auftragswesens; Vergebührung eines Nachprüfungsantrags oder eines Antrags auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung ist Zulässigkeitsvoraussetzung für Erledigung durch das BVwG

#### 03.10.2010, [G 189/2019](#)

**Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. NichtraucherschutzG**; es ist dem Gesetzgeber nicht entgegenzutreten, wenn er den **Gesundheitsschutz**, insb auch die Interessen von Arbeitnehmern, höher bewertet als die Interessen der Betreiber von Gastronomiebetrieben; die angefochtene **Regelung** greift auch **nicht unverhältnismäßig** in die rechtlich geschützten Interessen jener Gewerbetreibenden ein, deren Gastronomiebetriebe so gut wie ausschließlich nachts aufgesucht werden; dem Gesetzgeber steht es auch frei, als Folge des Rauchverbots in solchen Lokalen allfällige Beeinträchtigungen von Nachbarn in Kauf zu nehmen; dies umso mehr, als es gewerberechtliche und zivilrechtliche Regelungen gibt, die den Schutz der Nachbarn ermöglichen

#### 10.10.2019, [G 152/2019](#) (Anlassfall [E 809/2018](#))

**PrivatschulG**; keine Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch eine Bestimmung des PrivatschulG betreffend die **Ungleichbehandlung konfessioneller und nicht-konfessioneller Privatschulen** mit eigenem Organisationsstatut; Beschränkung staatlicher Subventionierung auf konfessionelle Privatschulen, die in größerem Ausmaß dem öffentlichen Schulsystem entsprechen und eine besondere Stellung im österreichischen Schulwesen haben, im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

### B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

#### 02.08.2019, [Ra 2017/11/0021](#)

**Oö KrankenanstaltenG**; § 4 Abs 6 Oö KrankenanstaltenG regelt zwar, dass im Verfahren zur Erteilung einer Errichtungsbewilligung für eine Krankenanstalt und zur Vorabfeststellung des Bedarfs – abgesehen von der Bewilligungs- oder Feststellungswerberin – die Wirtschaftskammer Oö als gesetzliche Interessenvertretung der privaten Krankenanstalten sowie die betroffenen Sozialversicherungsträger hinsichtlich des nach § 5 Abs 1 Z 1 iVm Abs 5 zu prüfenden Bedarfs **Parteistellung** iSd § 8 AVG und das Recht der Beschwerde gem Art 130 Abs.1 Z 1 B-VG sowie das Recht der Revision gem Art 133 Abs 1 Z 1 B-VG haben;

die Nichtaufzählung weiterer Personen führt jedoch nicht dazu, die Parteistellung zu verneinen, falls ein rechtliches Interesse iSd § 8 AVG anzunehmen wäre

08.08.2019, [Ro 2019/04/0020](#)

**Bundes-EnergieeffizienzG**; große Unternehmen haben gem § 9 Abs 2 Z 1 lit a Bundes-EnergieeffizienzG in regelmäßigen Abständen, zumindest alle vier Jahre, ein externes Energieaudit durchzuführen sowie gem § 9 Abs 2 Z 3 leg cit ua die Durchführung des Energieaudits, dessen Inhalte und gewonnenen Erkenntnisse unverzüglich der nationalen Energieeffizienz-Monitoringstelle zu melden oder melden zu lassen; bei diesen zwei in § 9 Abs. 2 Z 1 lit a und Z 3 leg cit normierten Verpflichtungen, deren Nichterfüllung in § 31 Abs 1 Z 3 lit a leg cit unter Strafe gestellt ist, handelt es sich um **zwei getrennt zu sanktionierende Tatbestände**; liegen – wie hier in Bezug auf die getrennt zu sanktionierenden Tatbestände – trennbare Absprüche vor, so ist die **Zulässigkeit** einer dagegen erhobenen **Revision auch getrennt zu überprüfen**

08.08.2019, [Ra 2018/04/0116](#)

**GO des BVwG**; mit den Regelungen des § 20 Abs 2 und 6 GO des BVwG, an die in § 13 Abs 2 und 5 AVG angeknüpft wird, legt das BVwG fest, zu welchen Zeiten es zur **Entgegennahme schriftlicher Anbringen** bereit ist bzw wann außerhalb der Amtsstunden eingebrachte Anbringen als eingebracht gelten; eine organisationsrechtliche Festlegung von Amtsstunden in einer GO kann nicht als Verkürzung einer verfahrensrechtlichen Frist angesehen werden

18.09.2019, [Ro 2018/04/0010](#)

**GewO; EIWOG**; nach § 2 Abs 1 Z 20 GewO sind für den Betrieb eines Elektrizitätsunternehmens die Bestimmungen der GewO nicht anwendbar; die ggst Tätigkeit (Verkauf von Strom über E-Tankstellen und die dafür erforderliche Errichtung einer E-Tankstelle) ist nicht von der Ausnahmebestimmung des § 2 Abs 1 Z 20 GewO erfasst; die **Bestimmungen der GewO sind für den Betrieb bzw die Errichtung einer E-Tankstelle anzuwenden**

20.09.2019, [Ra 2019/02/0080](#)

**Wr WettenG**; § 17 Abs 1 Wr WettenG legt eine Pflicht zur **Kennzeichnung der Betriebsstätte** durch eine äußere Bezeichnung fest, während dessen Abs 2 bestimmt, welchen Inhalt diese „äußere Bezeichnung“ konkret aufzuweisen hat; der Hinweis auf die Wettunternehmereigenschaft allein ohne Angabe der konkret bewilligten Tätigkeitsart wird den Anforderungen des § 17 Abs 2 leg cit nicht gerecht

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 21.05.2019, [W258 2111294-2](#)

**Sachverständigen- und DolmetscherG**; die **Befreiung der Prüfung aus Sachkunde** nach § 4a Abs 2 Sachverständigen- und DolmetscherG soll sich nicht auch auf etwaige fachliche Aspekte der anderen Prüfungsgebiete beziehen; im Gegenteil soll die Befreiung der Sachkunde, die Prüfung aus Verfahrensrecht, Sachverständigenwesen und Befundaufnahme sowie über den Aufbau eines schlüssigen und nachvollziehbaren Gutachtens nicht umfassen; Kenntnisse aus diesen Gebieten sind weiter zu prüfen

LVwG Oö 08.10.2019, [LVwG-152074](#)

**Oö BauO; Oö Raumordnungsg**; kann sachverhaltsbezogen weder nach § 44 Abs 2 Oö BauO noch nach § 50 Abs 4 iVm Abs 2 Oö BauO noch nach § 40 Abs 8 Oö Raumordnungsg eine **Untersagung der Benützung** erfolgen, so ist gem § 49 Oö BauO mit einem Beseitigungsauftrag sowie im Wege der Durchführung eines Verwaltungsstrafverfahrens vorzugehen

LVwG Oö 16.10.2019, [LVwG-050133](#)

**ÄrzteG; ApothekenG**; im Falle von zwei ärztlichen Berufssitzen ist es eine taugliche und – weil entsprechend objektivierbar – zugleich auch grundsätzlich hinreichende Methode, zwecks Feststellung des Schwergewichts der beruflichen ärztlichen Tätigkeit die Anzahl der am jeweiligen Ordinationsstandort erfolgten **e-card-Buchungen** zu ermitteln; darüber hinausgehende Erhebungen erscheinen hingegen lediglich dann erforderlich, wenn sich nicht bereits auf diesem Weg ein entsprechend klares Bild gewinnen lässt

**LVwG Oö 17.10.2019, [LVwG-413537](#)**

**GlücksspielG**; ein speziell im Lichte des EuGH-Urteils vom 12.09.2019, C-64/18, unionsrechtskonformes Ergebnis lässt sich unter den konkreten Umständen des ggst Falls bereits im Wege einer Eliminierung der in § 52 Abs 2 GlücksspielG festgelegten **Strafuntergrenzen** erzielen, sodass darüber hinaus die gänzliche oder teilweise Nichtanwendung weiterer, für das Verwaltungsstrafverfahren allgemein maßgeblicher Bestimmungen (wie va § 16 VStG, § 20 VStG, § 22 Abs 2 VStG, § 64 Abs 1 und 2 VStG und § 50 Abs 1 und 2 VwGVG) nicht geboten war

**LVwG Oö 23.10.2019, [LVwG-400406](#)**

**VStG**; hat eine Behörde den (iSd Art 18 Abs 1 B-VG) **bindenden Vorgaben des § 33a VStG** im erstinstanzlichen Verwaltungsstrafverfahren nicht entsprochen, so ist im Zuge eines Beschwerdeverfahrens nach Art 130 Abs 1 Z 1 B-VG das VwG gem § 38 VwGVG dazu verhalten, die Bestimmung des § 33a VStG sinngemäß zu handhaben, und zwar schon von Amts wegen, ohne dass es hierfür eines entsprechenden Antrags des Rechtsmittelwerbers bedarf

**Hinweis:** Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich ([www.lvwg-ooe.gv.at](http://www.lvwg-ooe.gv.at)) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ ([www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at](http://www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at); seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

**LVwG Tir 10.09.2019, [LVwG-2019/23/1235-6](#)**

**TierseuchenG; Rotwild-Tbc-VO**; ausgehend von einem durchgehend negativen **Abschussergebnis** mit deutlich abfallender Tendenz ist eine weitere Anordnung von Abschüssen kein zielführendes Mittel **zur Bekämpfung einer endemisch vorkommenden Tierseuche**; vielmehr hat nun die zwingend verordnete Alternativmaßnahme iSd § 3 Abs 3 Rotwild-Tbc-Bekämpfungsplan-VO des LH von Tirol zur Anwendung zu gelangen; dies bedeutet, dass nach allfälliger bescheidmäßiger Vorschreibung zukünftig jeglicher Abschuss von Rotwild **ausschließlich durch behördlich zu bestellende Organe**, anstatt durch das Jagdschutzorgan, zu erfolgen hat

**LVwG Tir 12.09.2019, [LVwG-2018/46/2251-4](#)**

**Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG**; in lebensmittelrechtlichen Verfahren, in denen die Übertretung schon durch das **Lebensmittelaufsichtsorgan** festgestellt wurde, ist die Auferlegung der **Untersuchungskosten** der AGES nicht vorzuschreiben

**LVwG Wien 09.08.2019, [VGW-251/078/15816/2017/VOR](#)**

**VStG**; gem § 54b Abs 1 zweiter Satz VStG kann die Behörde die Geldstrafe und sonstige in Geld bemessene Unrechtsfolgen einmahnen; die **Mahnung** ist jedoch keine Voraussetzung für die **Vollstreckung von Geldstrafen** und sonstigen Unrechtsfolgen

**LVwG Wien 08.09.2019, [VGW-003/032/5869/2019 ua](#)**

**AbfallwirtschaftsG**; eine Bestellung einer nicht zur Vertretung des Unternehmens **nach außen berufenen Person** als verantwortliche Beauftragung für das ganze Unternehmen ist nach § 9 Abs 2 zweiter Satz VStG nicht zulässig

**LVwG Wien 10.09.2019, [VGW-172/092/5073/2019](#)**

**ApothekenG; ApothekenbetriebsO**; die Vollziehung des ApothekenG und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen VO ist nicht der Apothekerkammer überantwortet; sie ist auch zur Vollziehung nicht zuständig; Organe der Apothekerkammer, wie der **Disziplinarrat**, können daher die Rechtsfrage einer allfälligen **Berufspflichtverletzung** nicht abschließend beantworten, diese Frage ist von der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde als Hauptfrage zu entscheiden; dem belangten Disziplinarrat obliegt lediglich die Beurteilung, ob eine Verwaltungsübertretung vorliegt; versteht man Berufspflichten als Pflichten, die die Berufsausübung betreffen, so erscheint die **Gestaltung der Offizin keine Berufspflicht** zu sein

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [15.10.2019, Rs C-128/18, Dorobantu](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** – Gründe für die **Ablehnung der Vollstreckung** – Art 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung – **Haftbedingungen** im Ausstellungsmitgliedstaat – Beurteilung durch die vollstreckende Justizbehörde – Kriterien

#### [16.10.2019, verb Rs C-4/18 u C-5/18, Winterhoff](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst a – **Steuerbefreiungen** für bestimmte, dem **Gemeinwohl dienende Tätigkeiten** – Öffentliche Posteinrichtungen – Richtlinie 97/67/EG – Anbieter des **Universalpostdienstes** – Privater Anbieter förmlicher Zustellungen von Schriftstücken von Gerichten oder Verwaltungsbehörden

#### [16.10.2019, Rs C-189/18, Glencore Agriculture Hungary](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 167 und 168 – Recht auf Vorsteuerabzug – Verweigerung – Betrug – Beweisführung – Grundsatz der Wahrung der Verteidigungsrechte – **Recht auf Anhörung** – Akten-einsicht – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Effektive gerichtliche Kontrolle – Grundsatz der Waffengleichheit – Grundsatz des kontradiktorischen Verfahrens – Nationale Regelung oder Praxis, wonach die Steuerverwaltung bei der Prüfung des von einem Steuerpflichtigen geltend gemachten Rechts auf **Vorsteuerabzug** an die Tatsachenfeststellungen und **rechtlichen Wertungen gebunden** ist, die sie im Rahmen konnexer **Verwaltungsverfahren** vorgenommen hat, an denen der betreffende Steuerpflichtige nicht beteiligt war

#### [16.10.2019, Rs C-270/18, UPM France](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/96/EG – Besteuerung von **Energieerzeugnissen** und elektrischem Strom – Art 21 Abs 5 Unterabs 3 – **Steuerbefreiung** für kleine Stromerzeuger, sofern der erzeugte elektrische Strom besteuert wird – Fehlen einer innerstaatlichen Steuer auf den **Stromverbrauch** während einer gewährten Übergangsfrist – Art 14 Abs 1 Buchst a – Pflicht, bei der Stromerzeugung verwendete Energieerzeugnisse bzw verwendeten elektrischen Strom von der Steuer zu befreien

#### [16.10.2019, Rs C-490/18, Agrárminiszter](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Agrarpolitik – **Bienenzuchtsektor** – Verordnung (EU) Nr 1308/2013 – Delegierte Verordnung (EU) 2015/1366 – **Beihilfeantrag** – Voraussetzungen – **Mindestzahl der Bienenvölker** – Rückwirkende Festsetzung – Grundsatz der Rechtssicherheit – Grundsatz des Vertrauensschutzes

#### [17.10.2019, Rs C-692/17, Paulo Nascimento Consulting](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – **Steuerbefreiungen** – Art 135 Abs 1 Buchst b und d – Umsätze, die die Gewährung und Vermittlung von **Kredit**en sowie die Verwaltung von Krediten betreffen – Umsätze im Geschäft mit Forderungen, mit Ausnahme der Einziehung von Forderungen – **Entgeltliche Abtretung** einer Position in einem Verfahren zur Zwangsvollstreckung einer gerichtlich anerkannten Forderung an einen Dritten

#### [17.10.2019, Rs C-31/18, Elektrorazpredelenie Yug](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2009/72/EG – **Elektrizitätsbinnenmarkt** – Art 2 Nrn 3 bis 6 – Begriffe Elektrizitätsübertragungs- und Elektrizitätsverteilernetz – Unterscheidungskriterien – Spannungsebene – Eigentum an den Anlagen – Art 17 Abs 1 Buchst a – Unabhängiger **Übertragungsnetzbetreiber** – Art 24 und 26 – Verteilernetzbetreiber – Art 32 Abs 1 – Freier Zugang Dritter – Zugang zu Mittelspannungsstrom – Verbindungspunkte zwischen dem **Übertragungs- und dem Verteilernetz** – Spielraum der Mitgliedstaaten

### [17.10.2019, Rs C-239/18, Saatgut-Treuhandverwaltung](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sortenschutz** – Verordnung (EG) Nr 2100/94 – Ausnahmeregelung gemäß Art 14 – Verordnung (EG) Nr 1768/95 – Art 11 Abs 1 und 2 – Auskunftsersuchen – Von amtlichen Stellen erteilte Auskünfte – **Auskunftsersuchen** zur tatsächlichen **Verwendung von Vermehrungsmaterial** bestimmter Arten oder Sorten – Inhalt des Ersuchens

### [17.10.2019, Rs C-403/18 P, Alcogroup und Alcodis/Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Ethanolmarkt – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 20 Abs 4 – **Nachprüfungsbeschluss** – Ablauf der Nachprüfung – **Vertraulichkeit des Schriftwechsels** zwischen dem Rechtsanwalt und seinem Mandanten – Weigerung, die Untersuchungsmaßnahmen auszusetzen – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – Vorbereitender Beschluss

### [17.10.2019, Rs C-423/18, Südzucker](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – Gemeinsame Marktorganisation – Verordnung (EG) Nr 967/2006 – Art 3 Abs 2 – **Zucker** – Überschussbetrag – Frist für die Mitteilung des zu **zahlenden Gesamtbetrags** – **Höchstfrist** für eine nachträgliche Berichtigung – Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes

### [17.10.2019, Rs C-459/18, Argenta Spaarbank](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Körperschaftsteuer – **Abzug für Risikokapital** – Verringerung des abzugsfähigen Betrags bei Gesellschaften mit einer **Betriebsstätte** in einem anderen Mitgliedstaat, deren Einkünfte aufgrund eines Abkommens zur **Vermeidung der Doppelbesteuerung** von der Steuer befreit sind – Art 49 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Benachteiligung – Fehlen

### [17.10.2019, Rs C-514/18 P, Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark/Schmid](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 15 – Begriff ‚**ernsthafte Benutzung**‘ – Erfordernis der Benutzung der Marke entsprechend ihrer Hauptfunktion

### [17.10.2019, Rs C-569/18, Caseificio Cirigliana ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr°1151/2012 – Art 4 Buchst c und Art 7 Abs 1 Buchst e – **Qualitätsregelungen** für Agrarerzeugnisse und **Lebensmittel** – Fairer Wettbewerb – **Mozzarella di bufala Campana gU** – Verpflichtung zur räumlich getrennten Herstellung von ‚Mozzarella di bufala Campana gU

### [17.10.2019, Rs C-579/18, Comida paralela 12](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbrauchsteuern – Richtlinie 2008/118/EG – Art 8 und 38 – **Schuldner von Verbrauchsteuern** infolge der **unrechtmäßigen Einfuhr** von Waren in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats – Begriff – Gesellschaft, die für die von ihrem Geschäftsführer begangenen Taten zivilrechtlich haftet

### [17.10.2019, Rs C-653/18, Unitel](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 146 – **Steuerbefreiungen** bei der **Ausfuhr** – Begriff ‚Lieferung von Gegenständen‘ – Art 131 – Von den Mitgliedstaaten festgelegte Bedingungen – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – **Grundsatz der Steuerneutralität** – Nachweise – Betrug – Praxis eines Mitgliedstaats, die darin besteht, das Recht auf Steuerbefreiung zu versagen, wenn der Erwerber der ausgeführten Gegenstände nicht identifiziert wird

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### [17.10.2019, verb Rs C-103/18 u C-429/18, Sánchez Ruiz \(GA Kokott\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über **befristete Arbeitsverträge** – Paragraf 5 – Aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge im Bereich des **öffentlichen Gesundheitswesens** – Missbrauch – Begriff des **ständigen und dauerhaften Bedarfs** – Maßnahmen zur Ahndung des missbräuchlichen Einsatzes befristeter Arbeitsverträge – Umwandlung in ein unbefristetes statutarisches Beschäftigungsverhältnis – Befugnisse des nationalen Richters

[17.10.2019, Rs C-341/18, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Enrôlement des marins dans le port de Rotterdam\) \(GA Sharpston\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) 2016/399, Art 11 Abs 1 – Bedeutung der ‚**Ausreise**‘ – Überwachung der Außengrenzen – **Abstempeln der Reisedokumente** von Seeleuten – Zeitpunkt der Anbringung des Stempels – Zeitpunkt des Verlassens des Schengenraums

[17.10.2019, Rs C-405/18, AURES Holdings \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Niederlassungsfreiheit – Steuergesetzgebung – Körperschaftsteuer – **Verlegung des Verwaltungssitzes** einer Gesellschaft von einem Mitgliedstaat in einen anderen – Grenzüberschreitender periodenübergreifender **Verlustausgleich** – Nichtberücksichtigung von Verlusten, die vor der Sitzverlegung in einem anderen Mitgliedstaat entstanden sind – **Finale Verluste** bei einer Sitzverlegung

[17.10.2019, Rs C-592/18, Darie \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Verordnung (EU) Nr 528/2012 – **Biozidprodukte** – Begriff – Bakterienhaltiges Produkt, das die Bakterienart ‚Bacillus Ferment‘ enthält – Beseitigung der **Nahrungsgrundlage** von Schimmelpilzen – Einwirkung, die nicht lediglich physikalischer oder mechanischer Art ist – Mittelbare Einwirkung – Zeitraum der Einwirkung – Vorherige Reinigung

[17.10.2019, Rs C-766/18 P, Foundation for the Protection of the Traditional Cheese of Cyprus named Halloumi/EUIPO \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Unionsmarke – **Kollektivmarke** – Geografische Bezeichnung – **Unterscheidungskraft** – Widerspruchsverfahren – Antrag auf Eintragung einer Bildmarke, die das Wort BBQLOUMI enthält – Zurückweisung des Widerspruchs

## C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

17.10.2019, Beschwerde Nr [1874/13 ua](#), *López Ribalda ua / Spanien* (GK)

**Keine Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und **keine Verletzung** von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **heimliche Überwachung** der **Angestellten** (Bf) eines Supermarktes durch **Videokameras**; Aufnahmen führten zu deren **Entlassung**; ausreichend gerechtfertigte Videoüberwachung wegen des begründeten **Verdachts des Diebstahls** durch die Bf; keine Überschreitung des Ermessensspielraums bei der Beurteilung der Überwachung durch die nationalen Gerichte

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Armreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.